



## Beschluss

Az. BK6-22-407

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung des geänderten Vorschlags der regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion CORE für eine Kapazitätsberechnungsmethode des Regelarbeitszeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin zu 1 –

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin zu 2 –

der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin zu 3 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz - Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

**– Antragstellerin zu 4 –**

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,  
ihren Beisitzer Andreas Fixel  
und ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt

am 05.03.2024 beschlossen:

1. Der beigefügte geänderte Vorschlag der Antragstellerinnen in der Fassung vom 11.11.2023 für eine Kapazitätsberechnungsmethode des Regelarbeitszeitbereichs für die Kapazitätsberechnungsregion CORE wird genehmigt.
2. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

## **Gründe**

### **I.**

#### **1. Verfahrensgegenstand und Verfahrensablauf**

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung eines gemeinsamen Vorschlags der regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Kapazitätsberechnungsregion (CCR<sup>1</sup>) CORE für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungs-

---

<sup>1</sup> CCR: Capacity Calculation Region. Eine Kapazitätsberechnungsregion definiert das geografische Gebiet, in dem von den ÜNB die Kapazitätsberechnung und andere Prozesse koordiniert werden. Durch Auflistung von Gebotszonen-grenzen wurden die CCRs durch die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) mit Entscheidung 06/2016 erstmals festgelegt und zuletzt mit Entscheidung 04/2021 geändert.

kapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens<sup>2</sup> relevanten Zeitbereichs für die CCR CORE gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (EB-VO).<sup>3</sup>

Die vorrangigen Ziele der am 18.12.2017 in Kraft getretenen EB-VO bestehen in der Förderung eines wirksamen Wettbewerbs in den Regelreservemärkten, der Verbesserung der Effizienz des Systemausgleichs sowie der Unterstützung einer Integration der Regelreservemärkte. Gleichzeitig soll die Verordnung zur Betriebssicherheit beitragen. Um diese Ziele zu erreichen, sieht die EB-VO in Art. 37 Abs. 3 vor, dass alle ÜNB einer CCR binnen fünf Jahren nach dem Inkrafttreten der Verordnung eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs (im Weiteren: Regularbeit-Zeitbereich) zu entwickeln haben. Diese Methode darf nicht zu Marktverzerrungen führen und muss mit der Berechnungsmethode für die grenzüberschreitende Übertragungskapazität (für den Energiehandel) im Einklang stehen, die gemäß der Verordnung (EU) 2015/1222 (CACM-VO) im Intraday-Zeitbereich angewandt wird. Der Vorschlag für die Kapazitätsberechnungsmethode des Regularbeit-Zeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 EB-VO ist gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. f EB-VO den Regulierungsbehörden der betroffenen Region zur Genehmigung vorzulegen.

Mit E-Mail vom 16.12.2022 haben die Antragstellerinnen der Beschlusskammer einen Vorschlag für eine Kapazitätsberechnungsmethode für den Regularbeit-Zeitbereich (BTCC<sup>4</sup>-Methode) für die CCR CORE (im Weiteren: CORE BTCC-Vorschlag) in der Fassung vom 30.11.2022 vollständig vorgelegt. Dieser Vorschlag ging der letzten betroffenen Regulierungsbehörde am 23.12.2022 zu.<sup>5</sup> Wesentliche Inhalte des Vorschlags sind eine allgemeine Beschreibung des Kapazitätsberechnungsprozesses, die Eingangsparameter für die Kapazitätsberechnung, eine formale Beschreibung des Kapazitätsberechnungsprozesses für den Regularbeit-Zeitbereich einschließlich Vorgaben zur Validierung der Kapazitäten, Vorgaben zur Informationsbereitstellung und ein Umsetzungszeitplan (im Weiteren s. Pkt. 2).

Der CORE BTCC-Vorschlag vom 30.11.2022 wurde am 11.01.2023 im Amtsblatt Nr. 01 (Vfg Nr. 2/2023) der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Frist zur Stellungnahme bis zum 25.01.2023 eingeräumt. Der

---

<sup>2</sup> Unter „IN-Verfahren“ ist das Verfahren des „Imbalance Nettings“ zu verstehen. Dabei werden gegenläufige Leistungsbilanzungleichgewichte miteinander saldiert.

<sup>3</sup> Die CCR CORE umfasst gegenwärtig die Grenzen zwischen den Gebotszonen Belgien, Deutschland-Luxemburg, Frankreich, Kroatien, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

<sup>4</sup> BTCC: Balancing Timeframe Capacity Calculation.

<sup>5</sup> Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von sechs Monaten ist der Zeitpunkt des Eingangs bei der Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat (vgl. Art. 5 Abs. 6 S. 3 EB-VO).

Bundesnetzagentur sind daraufhin keine Stellungnahmen zugegangen.

Vor der Antragstellung war der CORE BTCC-Vorschlag Gegenstand einer von den regelzonenverantwortlichen ÜNB der CCR CORE durchgeführten öffentlichen Konsultation im Zeitraum vom 05.09.2022 bis zum 05.10.2022. Die im Rahmen dieser Konsultation eingegangenen Stellungnahmen der Interessenträger einschließlich einer Begründung zur Berücksichtigung bzw. Nicht-Berücksichtigung wurden der Bundesnetzagentur gemeinsam mit dem CORE BTCC-Vorschlag vorgelegt.

Nach inhaltlicher Prüfung des CORE BTCC-Vorschlags haben die Vertreter der zuständigen Regulierungsbehörden am 11.06.2023 beschlossen, dass die betroffenen ÜNB gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 EB-VO zur Änderung des eingereichten Vorschlags aufgefordert werden sollen (im Weiteren: Änderungsverlangen). Wesentliche Forderungen der Regulierungsbehörden im Rahmen des Änderungsverlangens waren eine verbesserte Prozessbeschreibung der Kapazitätsberechnung, Klarstellungen zur Validierung der Kapazitäten für den Regelarbeitszeitbereich, die Behebung formaler Fehler sowie eine Präzisierung des Umsetzungszeitplans der Methode.

Am 15.12.2023 haben die Antragstellerinnen den abgeänderten, auf den 11.11.2023 datierten geänderten CORE BTCC-Vorschlag bei der Beschlusskammer vollständig eingereicht. Der geänderte Vorschlag ging mit Datum vom 03.01.2024 der letzten zuständigen Regulierungsbehörde zu.<sup>6</sup>

Der abgeänderte CORE BTCC-Vorschlag vom 11.11.2023 wurde am 10.01.2024 im Amtsblatt Nr. 01 (Vfg-Nr. 3/2024) der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Frist für Stellungnahmen bis zum 17.01.2024 eingeräumt. Der Bundesnetzagentur sind daraufhin keine Stellungnahmen zugegangen.

Die zuständigen Regulierungsbehörden haben gemäß Art. 5 Abs. 6 EB-VO einander konsultiert, eng zusammengearbeitet und sich miteinander abgestimmt, um zu einer Einigung hinsichtlich der Genehmigung des geänderten CORE BTCC-Vorschlags zu gelangen. Die Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Regulierungsbehörden haben am 27.02.2024 bekundet, den geänderten CORE BTCC-Vorschlag genehmigen zu wollen.

## **2. Inhalt des geänderten CORE BTCC-Vorschlags**

Mit dem vorliegenden geänderten CORE BTCC-Vorschlag sollen erstmals Regelungen zur Kapazitätsberechnung für den Regelarbeitszeitbereich eingeführt werden. Gemäß Art. 37 Abs. 2 EB-

---

<sup>6</sup> Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von zwei Monaten ist der Zeitpunkt des Einganges bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden, abgeänderten Vorschlag zuletzt erhalten hat.

VO nutzen die ÜNB in diesem Zeitbereich, in dem Leistungsbilanzungleichgewichte miteinander saldiert und ein Austausch von Regularbeit stattfindet, bisher die nach Schließung des zonenübergreifenden Intraday-Marktes verbleibende grenzüberschreitende Übertragungskapazität (sog. Restkapazitäten oder „leftovers“). Dabei handelt es sich um Übertragungskapazität, die nach den im Langfrist-, Day-Ahead- und Intraday-Zeitbereich bereits erfolgten Kapazitätsvergaben für die gewünschte Austauschrichtung noch zur Verfügung steht.

Nach Darstellung der Antragstellerinnen basiert die vorliegend für den Regularbeit-Zeitbereich vorgeschlagene CORE BTCC-Methode auf der durch die CACM-VO im Intraday-Zeitbereich eingeführten Berechnungsmethode für grenzüberschreitende Übertragungskapazität (IDCC<sup>7</sup>-Methode). Für die Erstellung der Eingangsparameter und für die Kapazitätsberechnung werden dieselben Grundsätze wie bei der IDCC angewandt:

- Die CORE BTCC-Methode stützt sich auf Prognosedaten und verwendet Elemente aus dem lastflussbasierten Ansatz, der bei der IDCC eingesetzt wird.
- Die allgemeinen Eingangsparameter stammen aus der IDCC und werden nur dann aktualisiert, wenn Besonderheiten im Regularbeit-Zeitbereich auftreten.

Gegenüber dem Status quo unterscheidet sich die CORE BTCC-Methode dadurch, dass die nach jedem Handelsschluss des zonenübergreifenden Intraday-Marktes<sup>8</sup> verbleibenden Kapazitäten aktualisiert werden. Auf diese Weise können die grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten zur Saldierung von Leistungsbilanzungleichgewichten und zum Austausch von Regularbeit maximiert werden.

Art. 3 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags regelt den Anwendungsbereich der Kapazitätsberechnungsmethode. Demnach soll die CORE BTCC-Methode nur für den Regularbeit-Zeitbereich und nur in der CCR CORE zur Anwendung kommen.

In Art. 4 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags wird der Kapazitätsberechnungsprozess für den Regularbeit-Zeitbereich beschrieben. Die Kapazitäten sollen unter Anwendung des lastflussbasierten Ansatzes analog zur IDCC-Methode der CCR CORE gemäß Art. 20 ff. CACM-VO berechnet werden. Die berechneten Kapazitäten für den Regularbeit-Zeitbereich dienen dann als Eingangsparameter für die europäischen Regularbeitsplattformen zum Austausch von Regularbeit aus Ersatzreserven gemäß Art. 19 EB-VO (TERRE), aus Frequenzwiederherstellungsreserven mit manueller Aktivierung gemäß Art. 20 EB-VO (MARI), aus Frequenzwiederherstellungsreserven mit automatischer Aktivierung gemäß Art. 21 EB-VO (PICASSO) sowie für die europäische

---

<sup>7</sup> IDCC: Intraday Capacity Calculation.

<sup>8</sup> Der Zeitpunkt für die Schließung des zonenübergreifenden Intraday-Marktes gemäß Art. 59 Abs. 2 CACM-VO wurde von ACER mit Entscheidung 04/2018 festgelegt. In der CCR CORE liegt er gegenwärtig bei 60 Minuten vor Beginn der jeweiligen Intraday-Marktzeiteinheit („Lieferviertelstunde“).

Plattform für das IN-Verfahren gemäß Art. 22 EB-VO.

Grundlage für die Kapazitätsberechnung für den Regelarbeit-Zeitbereich sind die Ausgangsdaten der zuletzt durchgeführten Kapazitätsberechnung für den Intraday-Zeitbereich. Basierend auf diesen Ausgangsdaten und unter Berücksichtigung der im Langfrist-, Day-Ahead- und Intraday-Zeitbereich bereits erfolgten Kapazitätsvergaben soll dann eine Aktualisierung der Kapazitätsinformationen für den Regelarbeit-Zeitbereich erfolgen. Daran anschließend sollen die berechneten Kapazitäten für jede relevante Gebotszonengrenze und Marktzeiteinheit<sup>9</sup> in das Format ATC<sup>10</sup> bzw. NTC<sup>11</sup> konvertiert werden, wie es von den o. g. europäischen Plattformen benötigt wird. Vor der abschließenden Weitergabe an die Plattformen ist eine Validierung der für den Regelarbeit-Zeitbereich berechneten Kapazitäten vorgesehen.

Art. 5 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags beschreibt die Methode für die Zuverlässigkeitsmarge. Die Lastfluss-Zuverlässigkeitsmarge (FRM<sup>12</sup>) soll durch eine Verringerung der zonenübergreifenden Kapazität die verschiedenen im lastflussbasierten Kapazitätsberechnungsprozess enthaltenen Unsicherheiten abdecken. Zu den Unsicherheiten im Regelarbeit-Zeitbereich zählen bspw. Prognose-Unsicherheiten resultierend aus gebotszonenübergreifenden Austauschen an Gebotszonengrenzen außerhalb der CCR CORE, Prognose-Unsicherheiten in Bezug auf die Erzeugung von Wind- und Solarenergie sowie Prognose-Unsicherheiten aufgrund ungewollter Lastflussabweichungen im Zuge des Frequenzhaltungsprozesses. Die FRM für den Regelarbeit-Zeitbereich soll nicht höher ausfallen als die FRM, die zuvor bei der Kapazitätsberechnung für den Intraday-Zeitbereich zur Anwendung gekommen ist. Unter Gewährleistung der Betriebssicherheit kann die FRM im Regelarbeit-Zeitbereich jedoch geringer ausfallen als im Intraday-Zeitbereich, was sich kapazitätserhöhend auswirkt.

In Art. 6 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags erfolgt eine formale Beschreibung der Kapazitätsberechnung für den Regelarbeit-Zeitbereich. Demnach sollen zunächst die aus der Intraday-Kapazitätsberechnung resultierenden Kapazitätswerte aktualisiert werden, indem statt der FRM für den Intraday-Zeitbereich die FRM für den Regelarbeit-Zeitbereich verwendet wird. Unter Berücksichtigung aller bereits erfolgten Kapazitätsvergaben sollen anschließend die für den Regelarbeit-Zeitbereich verfügbaren grenzüberschreitenden Übertragungskapazitäten bestimmt werden, indem der gleiche iterative Ansatz wie bei der Intraday-Kapazitätsberechnung zur Anwendung kommt. Dabei sollen auch die Kapazitäten berücksichtigt werden, die für den Austausch von

---

<sup>9</sup> Die Marktzeiteinheit der Kapazitätsberechnungsmethode für den Regelarbeit-Zeitbereich entspricht der Zeiteinheit für die Intraday-Kapazitätsberechnung und beträgt 15 Minuten.

<sup>10</sup> ATC: Available Transmission Capacity. Hierbei handelt es sich um die verfügbare Übertragungskapazität, die nach dem jeweiligen Kapazitätsvergabeverfahren unter Berücksichtigung der physikalischen Grenzen des Übertragungsnetzes verbleibt.

<sup>11</sup> NTC: Net Transfer Capacity. Die Nettoübertragungskapazität ergibt sich, indem zur verfügbaren Übertragungskapazität (ATC) die bereits vergabene Kapazität hinzugezählt wird.

<sup>12</sup> FRM: Flow Reliability Margin.

Regelleistung oder die Reserventeilung zugewiesen, d. h. reserviert, worden sind und somit dem Day-Ahead- und Intraday-Markt nicht zur Verfügung standen.

Art. 7 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags enthält Regelungen zur Einbeziehung der Interkonnektoren zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) an den Gebotszonengrenzen der CCR CORE. Art. 8 widmet sich der Beeinflussung von kritischen Netzelementen der CCR CORE durch Energieaustausche, die außerhalb der CCR CORE stattfinden. Art. 9 beschreibt das Verfahren zur Umwandlung der im lastflussbasierten Kapazitätsberechnungsverfahren berechneten Übertragungskapazitäten in ATC- und NTC-Werte, wie sie von den europäischen Regelarbeitsplattformen und der europäischen Plattform für das IN-Verfahren benötigt werden.

In Art. 10 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags wird die Validierung der für den Regelarbeit-Zeitbereich berechneten Kapazitäten beschrieben. Demnach soll jeder ÜNB der CCR CORE das Recht haben, die Übertragungskapazitäten an seinen Gebotszonengrenzen zu verringern, falls diese Anpassungen zur Wahrung der Betriebssicherheit notwendig sind.

Art. 11 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags enthält Regelungen für den Fall eines Scheiterns der Kapazitätsberechnung für den Regelarbeit-Zeitbereich, z. B. aufgrund einer technischen Störung, einem Fehler in der Kommunikationsinfrastruktur oder fehlerhafter/fehlender Eingangsdaten. In diesem Fall sollen die nach dem Handelsschluss des zonenübergreifenden Intraday-Marktes verbleibenden Übertragungskapazitäten verwendet werden.

Die Art. 12 und 13 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags widmen sich der Veröffentlichung und Qualität der Daten über den Kapazitätsberechnungsprozess für den Regelarbeit-Zeitbereich. Art. 14 enthält Regelungen zur Berichterstattung und Unterrichtung der Regulierungsbehörden der CCR CORE.

Der in Art. 15 des geänderten CORE BTCC-Vorschlags enthaltene Umsetzungszeitplan regelt die Umsetzung der vorliegenden Methode. Die Implementierung der Kapazitätsberechnung für den Regelarbeit-Zeitbereich hängt ab von der noch laufenden Umsetzung verschiedener anderer Prozesse, wie der regionalen Koordination der Betriebssicherheit in der CCR CORE gemäß Art. 76 der Verordnung (EU) 2017/1485 (SO-VO) und der IDCC-Methode gemäß Art. 20 CACM-VO. Zur Erprobung der mit der CORE BTCC-Methode verbundenen Prozesse sind ein interner und externer Parallelbetrieb vorgesehen, über den die ÜNB der CCR CORE in Quartalsberichten informieren sollen. Bis zur Umsetzung der Kapazitätsberechnung für den Regelarbeit-Zeitbereich sollen weiterhin die nach dem Handelsschluss des zonenübergreifenden Intraday-Marktes verbleibenden grenzüberschreitenden Kapazitäten gemäß Art. 37 Abs. 2 EB-VO Verwendung finden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere den diesem Beschluss beigefügten geänderten CORE BTCC-Vorschlag Bezug genommen.

## II.

Der geänderte Vorschlag der Antragstellerinnen für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs für die CCR CORE gemäß Art. 37 Abs. 3 EB-VO wird genehmigt. Der Antrag ist zulässig und begründet. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Vorschlags nach Art. 37 Abs. 3 sowie den Artikeln 1 bis 5 und 10 EB-VO sind unter Wahrung der allgemeinen Ziele und Prinzipien der EB-VO erfüllt.

### 1. Zulässigkeit des Antrags

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der EB-VO, sind gewahrt worden.

1.1 Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. f EB-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG i. V. m. Art. 18 Abs. 3 lit. d und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009 vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG i. V. m. § 56 Abs. 1 S. 2, 3 EnWG.

1.2 Die Beschlusskammer sieht sich in der Prüfung des zu genehmigenden Vorschlags in erster Linie auf eine Rechtmäßigkeitskontrolle beschränkt (vgl. OLG Düsseldorf, Beschlüsse vom 22.01.2020, VI-3 Kart 757/19 [V] und vom 24.11.2021, VI-3 Kart 49/21 [V]). Prüfungsgegenstand ist insoweit ausschließlich die Genehmigungsfähigkeit des von den Antragstellerinnen favorisierten Regelungsregimes, das der Bundesnetzagentur mit dem geänderten CORE BTCC-Vorschlag vorgelegt wurde. Soweit die Branche im Rahmen der Konsultation des vorliegenden Vorschlags Änderungswünsche oder auch abweichende Konzepte eingebracht hat, können diese gegebenenfalls im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu beachtende Gesichtspunkte aufzeigen. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit richtet sich aber grundsätzlich nicht auf eine Abwägung zwischen den von den Antragstellerinnen beantragten und den seitens der Branche vorgeschlagenen bzw. geforderten alternativen Regelungsansätzen. Entscheidend ist die Genehmigungsfähigkeit der hier konkret beantragten Bestimmungen.

1.3 Der geänderte CORE BTCC-Vorschlag wurde den Regulierungsbehörden der CCR CORE fristgerecht übermittelt; die Einreichung des ursprünglichen CORE BTCC-Vorschlags erfolgte ebenfalls fristgemäß. Der ursprüngliche CORE BTCC-Vorschlag ist durch die ÜNB auch ausreichend mit den Interessenträgern konsultiert worden. Die Anforderungen des Art. 10 Abs. 4 EB-VO an die öffentliche Konsultation mit den betroffenen Interessenträgern sind damit erfüllt. Die

Antragstellerinnen haben den Ablauf ausreichend dokumentiert. Dem ursprünglichen CORE BTCC-Vorschlag ist ein separates Dokument beigelegt, in dem die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der im Rahmen der ÜNB-Konsultation eingegangenen Stellungnahmen klar und fundiert begründet wurde.

## **2. Begründetheit des Antrags**

Der Antrag ist auch begründet. Der geänderte CORE BTCC-Vorschlag erfüllt die Vorgaben des Art. 37 Abs. 3 EB-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der EB-VO.

Da die für den Regelarbeits-Zeitbereich vorgeschlagene CORE BTCC-Methode auf der im Intraday-Zeitbereich angewandten IDCC-Methode basiert, ist die Vorgabe des Art. 37 Abs. 3 EB-VO erfüllt, wonach die für den Regelarbeits-Zeitbereich vorgeschlagene Kapazitätsberechnungsmethode mit der gemäß CACM-VO im Intraday-Zeitbereich angewandten Berechnungsmethode für grenzüberschreitende Übertragungskapazität im Einklang stehen muss. Die Beschlusskammer hat auch keine Anhaltspunkte feststellen können, dass die vorgeschlagene CORE BTCC-Methode zu Marktverzerrungen führen könnte, die einer Genehmigung des Vorschlags entgegenstünden. Von Seiten des Marktes sind keine Einwände gegen den ursprünglichen und gegen den geänderten CORE BTCC-Vorschlag vorgetragen worden.

Der geänderte CORE BTCC-Vorschlag enthält in Art. 15 einen den Anforderungen des Art. 5 Abs. 5 EB-VO entsprechenden und für die Antragstellerinnen verbindlichen Umsetzungszeitplan. Der beantragte Umsetzungszeitplan ist aus Sicht der Beschlusskammer sachgerecht und nicht zu beanstanden. Von den Marktakteuren wurden keine Bedenken gegen den vorgeschlagenen Umsetzungszeitplan geäußert.

Die von den Regulierungsbehörden der CCR CORE im Rahmen des Änderungsverlangens geforderten Änderungen am CORE BTCC-Vorschlag, insbesondere hinsichtlich einer verbesserten Prozessbeschreibung der Kapazitätsberechnung, Klarstellungen zur Validierung der Kapazitäten und einer Präzisierung des Umsetzungszeitplans der Methode, wurden mit dem geänderten CORE BTCC-Vorschlag umgesetzt.

## **3. Widerrufsvorbehalt in Tenorziffer 2**

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt und Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden können. Insbesondere wäre hier denkbar, dass Änderungen an der in der CCR CORE im Intraday-Zeitbereich

angewandten IDCC-Methode auch Änderungen an der für den Regelarbeit-Zeitbereich genehmigten CORE BTCC-Methode bedingen.

#### **4. Kosten**

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke  
Vorsitzender

Andreas Fixel  
Beisitzer

Dr. Jochen Patt  
Beisitzer